

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Hans Koschnick, stellvertretender SPD-Vorsitzender, sieht die geistige Freiheit in Bayern in Gefahr.

Seite 1/2

Horst Ehmke, SPD-Vorstandsmitglied, weist auf die wachsende Bedeutung der Sozialistischen Internationale hin.

Seite 3/4

Hermann Schmitt-Vockenhäuser, Bundestagsvizepräsident, bekräftigt die aktive Rolle der Kommunen bei den Europawahlen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 189

2. Oktober 1978

Sorge um die Demokratie in Bayern

Die geistige Freiheit wird zum vorrangigen Wahlkampfthema

Von Hans Koschnick

Stellvertretender SPD-Vorsitzender und Bremer Bürgermeister

Wer - wie ich - in diesen Wochen im bayerischen Wahlkampf unterwegs ist, macht eine beklemmende Erfahrung. Ein erheblicher Teil der Zuhörer bei Wahlkundgebungen ist nicht zuletzt eines bestimmten Themas wegen gekommen: nämlich aus Sorge um den Fortbestand der geistigen Freiheit. Dies hat nicht wenige Bürger veranlaßt, den im Meinungsbild eher skeptisch beurteilten Wahlkampfveranstaltungen wieder stärker Aufmerksamkeit zu schenken.

Das demagogisch-schneidige Auftreten von Franz Josef Strauß in Bierzelten und organisatorisch bemerkenswert zu Wege gebrachten Großkundgebungen im Stil von politischen Wallfahrten geschieht vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen unsinnigen Praktizierung von Verfahrensregelungen für die Beurteilung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst durch die Ministerien des Freistaates Bayern. Die Vorstellung, daß ein so aktiver Politiker und der wohl geschickteste Demagoge in der Bundesrepublik in Kürze bayerischer Ministerpräsident wird, läßt viele Bürger in Bayern die Gefährdung der geistigen Freiheit erfahren und die Bedeutung der Landtagswahl am 15. Oktober erahnen. Bei diesen Bürgern handelt es sich um einen denkbar breiten Querschnitt der Bevölkerung: Arbeiter, Hausfrauen, Bauern, kirchliche Mitarbeiter, Selbständige und selbstverständlich Angehörige der Intelligenz.

Für mich ist es mittlerweile ausgemacht, daß die Sorge um den Fortbestand der geistigen Freiheit in Bayern zu

einem entscheidenden Thema dieses Wahlkampfes geworden ist. Freilich hat das Bundesland im Süden auch Schulsorgen, Wirtschaftsprobleme und Umweltskandale - welches andere Bundesland hätte sie nicht! Landauf, landab jedoch kommt in den Diskussionen auf Wahlveranstaltungen sehr bald wieder die Sprache auf die Sorge um Liberalität und Toleranz.

Ich habe auf Wahlveranstaltungen immer wieder erlebt, daß Fehler in der Schulpolitik auf der Mängelliste oben anstehen. Sobald jedoch auf die Schnüffelpraxis des bayerischen Verfassungsschutzes an Schulen und die Zensur Eingriffe gegen literarische Texte in einem bestimmten Schulbuch verwiesen wurde, beschlich die Zuhörer ein spürbares Unbehagen, das aufhorchen läßt. Der Name des künftigen bayerischen Ministerpräsidenten beginnt sich wie Raureif auf die Tradition barocker Fröhlichkeit dieses Landes zu legen. Die Frage, ob aus dem Freistaat womöglich ein Maulkorbstaat wird, steht unausgesprochen im Raum.

Die Tatsache, daß die Sorge um die geistige Freiheit zu einem vorrangigen Thema geworden ist, veranlaßt mich zu der weitergehenden Feststellung: Hier zeichnet sich ein wahlentscheidender Faktor ab. Nicht in dem Sinne, daß darüber die Mehrheit der CSU ins Wanken geriete; das wäre eine unrealistische Sicht der Dinge. Es sieht jedoch ganz so aus, als ob eine zunehmende Zahl von Bürgern unter dem Eindruck einer skurrilen Verwaltungspraxis und einer Duckmäuserstimmung im Lande aufgerüttelt wurde und den Vormarsch der CSU zum Stillstand bringen möchte.

Dies wäre ein Signal für die Entwicklung der Demokratie in Bayern und darüber hinaus eine empfindliche Machteinbuße für Franz Josef Strauß im Bund.

(-/2.10.1978/ks/ben)

+ + +

Sozialistische Internationale hat an Kraft gewonnen

SI-Kongreß in Vancouver ist eine wichtige Station

Von Horst Ehmke MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Sozialistische Internationale ist auf ihren Kongreß gut vorbereitet. Im Anschluß an die Arbeit seit dem letzten Kongreß Ende 1976 in Genf werden die Beratungen in Vancouver unter dem Motto "Frieden und Entwicklung" stehen. Dabei sind als Hauptthemen vorgesehen:

- Entspannung und Abrüstung
- Neue Weltwirtschaftsordnung
- Menschenrechte.

In dieser Thematik drückt sich die gewachsene Kraft und politische Bedeutung der SI aus, die unter der Präsidentschaft von Willy Brandt die früher vorherrschende Selbstbeschränkung auf Europa endgültig hinter sich gelassen hat und inzwischen befreundete Kräfte aus allen Kontinenten umfaßt. In Vancouver sind deshalb zwei Sonderveranstaltungen vorgesehen, die sich mit der Situation in Lateinamerika und der Karibik sowie in Asien und im Pazifik befassen sollen. Die Tatsache, daß die SI zum ersten Mal seit 1876 wieder einen Kongreß in Nordamerika veranstaltet, spricht ebenfalls für sich.

Willy Brandt ist auf der Sitzung des Büros der SI in Paris einstimmig aufgefordert worden, für weitere zwei Jahre die Präsidentschaft zu übernehmen. In dieser Aufforderung zur Kandidatur in Vancouver wird die Arbeit des SI-Präsidenten in den vergangenen zwei Jahren gewürdigt. Er hat der SI neue Aufgabenfelder gewiesen; ihre Arbeit hat erheblich an politischem Gewicht in Europa und der Welt gewonnen.

Dabei weicht die SI auch schwierigen Problemen nicht aus. Sie hat sich in Paris erneut mit der Situation im Nahen Osten befaßt. Die dort versammelten Parteien, darunter die des israelischen Oppositionsführers Shimon Peres, haben die ge-

meinsame Erklärung von Willy Brandt und Bruno Kreisky vom 9. Juli 1978 begrüßt, die nach Gesprächen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Anwar el Sadat und Shimon Peres in Wien veröffentlicht wurde.

Das Büro war sich auch einig in der positiven Beurteilung der Initiativen von Präsident Carter und der Chancen, die in den Ergebnissen von Camp David liegen könnten.

Die SI-Parteien sind der Auffassung, daß diese Bemühungen weiter verfolgt werden müssen mit dem Ziel einer gerechten Lösung des palästinensischen Problems in all seinen Aspekten. Dabei sollte die Mitwirkung von Syrien, Jordanien und Repräsentanten des palästinensischen Volkes angestrebt werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Frage einer Einladung der PLO als Beobachter zum Kongreß in Vancouver beraten. Auf eine Abstimmung zu diesem Punkt wurde mit dem Hinweis darauf verzichtet, daß die Charta der PLO nach wie vor das Existenzrecht Israels verneint.

Mit Sorge verfolgt die SI die Entwicklungen auch in anderen Teilen der Welt. Die Mißachtung der Menschenrechte in Nicaragua durch die Tyrannei des Somoza-Regimes fordert aktive Solidarität der demokratischen Sozialisten. Eine Sonderkonferenz der SI in einem lateinamerikanischen Land wird sich in Kürze damit befassen.

Ebenfalls auf einem Sondertreffen werden sich die SI-Parteien auf Einladung der beiden italienischen Mitgliedsparteien mit der Situation der demokratischen Opposition in der Tschechoslowakei auseinandersetzen.

Eine Politik für Frieden und Entwicklung fordert mehr als die Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen und aktuellen Krisenherden. Die Probleme des Nord-Süd-Gegensatzes und des anhaltenden Rüstungswettlaufs verlangen nach Anstrengungen, die nach vorne weisen. Es entspricht unserer Überzeugung, daß demokratische Sozialisten jeweils in ihren Ländern und in der Zusammenarbeit über Länder und Kontinente hinweg dazu einen entscheidenden Beitrag liefern können und müssen. Der Kongreß in Vancouver wird eine wichtige Station auf diesem Weg sein. (-/2.10.1978/ks/ben)

+ + +

Weder Hilfstruppen noch Paukboten

Zum Mainzer Kongreß der europäischen Partnerstädte

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der
Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik

Der Rat der Gemeinden Europas (RGE), der 1951 gegründet wurde, war trotz aller Rückschläge ein unermüdlicher Streiter für die Einheit Europas.

Durch sein Wirken, insbesondere durch 4.000 Partnerschaften zwischen europäischen Städten und Gemeinden, ist der Europagedanke auch dann lebendig geblieben, als die Politiker Europas schon fast verzagten und die breite Öffentlichkeit in Resignation fiel. Jetzt wollen die Gemeinden dazu beitragen, daß eine hohe Wahlbeteiligung die Bedeutung der Direktwahl für Europa unterstreicht. Die Anregungen und Vorschläge des Kongresses dazu sind vielfältig und vor allem auch realistisch.

Der Mainzer Kongreß hat Stellung und Aufgaben des RGE erneut deutlich gemacht:

- 1/ Städtepartnerschaften machen unseren Bürgern Europa erlebbar und faßbar.
- 2/ Die Kommunen können und wollen ihren Einfluß einsetzen, damit die Einigung Europas weitergeht. Sie sehen sich als Motor des Einigungswerkes und sind den Regierungen und Parlamenten weit voraus.
- 3/ Der RGE will und wird als Spitzenverband in der EG, auch gegenüber dem direktgewählten Parlament und seinen Ausschüssen, die Kommunen vertreten. Er for-

dert daher, daß in einer EG-Charta der Bürger auch das Bürgerrecht auf Selbstverwaltung aufgenommen wird.

- 4/ Die politischen Parteien beziehungsweise ihre Gruppierungen, die für das Europaparlament kandidieren, sehen sich auf der EG-Ebene entsprechenden kommunalpolitischen Vereinigungen gegenüber, die darauf drängen, daß Gemeindefreiheit in Europa Wirklichkeit wird und Stellung und Probleme der Gemeinden sich in den Programmen der Parteien für die Direktwahl 1979 widerspiegeln.
- 5/ So breit das politische Spektrum - von den Kommunisten bis zu den Gaullisten - war, so stand über dem Kongreß deutlich der gemeinsame Wunsch, Europa zu schaffen und erst bei der Inneneinrichtung sich hart zu streiten, was dem Bürger am meisten dient.

Die Kommunalpolitiker wollen weder Hilfstruppen noch Paukboten sein. Teile der Rede des CDU-Generalsekretärs Geissler dürften am Vorabend eines Partnerschaftskongresses, der die Einheit Europas will, eine einmalige Entgleisung bleiben.

Mainz und seine Bürger, an der Spitze der populäre Oberbürgermeister Jockel Fuchs, waren für die 1.200 Delegierten große Gastgeber. Die Ministerpräsidenten Holger Börner und Dr. Bernhard Vogel von rechts und links des großen europäischen Stromes Rhein umrahmten durch ihre Einladungen den Kongreß mit Erfolg.

Der Präsident der Deutschen Sektion des RGE, Bürgermeister Dr. Storsberg aus der Opelstadt Rüsselsheim, und sein erster Stellvertreter, Bürgermeister Dr. Hofmann aus Mainz, der die Organisation erfolgreich verantwortete, können sagen: Die Arbeit hat sich für unser Europa gelohnt. (-/2.10.1978/ks/ben)

+ + +